

Volksabstimmungen vom 27. November

Die Schule braucht das Schulhaus Glattpark

Die FDP Opfikon-Glattbrugg unterstützt den Kredit über 550'000 Franken für die Durchführung eines Studienauftrags für eine Schulanlage Glattpark mit Überzeugung. Nur eine zusätzliche Schulanlage kann die zukünftigen Anforderungen an die Schule Opfikon sowohl räumlich als auch qualitativ erfüllen.

Die Volksschule ist wohl die wichtigste und vornehmste Aufgabe der Gemeinden. Es liegt in deren Verantwortung, die nötigen Ressourcen für eine Schule bereitzustellen, welche in der Lage sein soll, die heutigen, vielfältigen Anforderungen zu erfüllen, aber auch auf heute noch nicht absehbare, künftige Entwicklungen zu reagieren. Die vom Referendatskomitee geforderte Ablehnung des Planungskredits zugunsten eines zusätzlichen, grossen Schultrakts in der Schulanlage Lättenwiesen vermag schon in dieser Hinsicht nicht zu überzeugen.

Obwohl in der Abstimmung nur die Bewilligung eines Planungskredits zur Diskussion steht, hat sich die Debatte auf die strategische Ebene verlagert. Tatsächlich wäre nach einer Ablehnung niemand – auch nicht die das Referendum ergreifende SVP – verpflichtet, eine solche „Lösung“ dann auch zu unterstützen. Ein Schultrakt Lättenwiesen wurde vor 6 Jahren – damals nur als Ergänzung zu einem trotzdem nötigen Schulhaus Glattpark gedacht – zu Recht im Parlament eindeutig abgelehnt. Die Idee ist seither nicht besser, sondern angesichts der rasanten Entwicklung im Glattpark sogar schlechter geworden.

Opfikon wird in absehbarer Zeit etwa 20'000 Einwohner zählen. Die Planung des Schulraums hat sich an dieser Grösse zu orientieren. Um dieses Wachstum von 12'000 auf 20'000 Einwohner innert 10 bis 15 Jahren aufzufangen, ist ein neues Schulhaus zwingend nötig. Es kann nicht angehen, dass die öffentliche Schule ausgerechnet in Opfikon – mit seiner ohnehin schwierigen Bevölkerungsstruktur mit vielen bildungsfernen Kindern – vernachlässigt wird.

Die FDP befürwortet auch den Standort im Glattpark. Dies nicht nur, weil hier der grösste Teil der neuen Bevölkerung Wohnsitz nehmen wird, sondern auch aus städtebaulichen Gründen. Eine Schulanlage ist einerseits eine zentrale Infrastruktur eines derart grossen Quartiers, andererseits hätte deren Fehlen zur Folge, dass sich im neuen Quartier kaum Familien niederlassen würden. Das wäre fatal für den Zusammenhalt und die Integration der ganzen Stadt.

Fughafengesetz: Zweimal Nein

Die beiden Vorlagen zum Flughafengesetz werden von der FDP entschieden abgelehnt. Beide zielen auf ein Verbot von Pistenausbauten im Flughafen ab, wobei der Gegenvorschlag noch etwas weiter geht. Abgesehen davon, dass schon heute alle Veränderungen an Pisten der Volksabstimmung unterliegen, kann die Zukunft der Schweiz nicht in partiellen Verboten liegen, über diese Zukunft nachzudenken. Die FDP will auch in Zukunft für Veränderungen offen bleiben – auch für solche des Pistensystems im Flughafen. Die FDP empfiehlt deshalb die Ablehnung beider Vorlagen und die Bevorzugung der weniger restriktiven Hauptvorlage in der Stichfrage.

„Stau weg!“-Initiative: Ja

Mit dieser Initiative soll der Kanton Zürich zur Einreichung einer Standesinitiative verpflichtet werden, welche vom Bund eine bessere Berücksichtigung zürcherischer Bedürfnisse im Bereich des Nationalstrassenbaus verlangt. Obwohl dieser letztlich symbolische Wink nach Bern wohl wenig oder sogar das Gegenteil bewirken wird, unterstützt die FDP diese Initiative in der Hoffnung, dass der Bund seine Mittel künftig verstärkt auf die verkehrsgeplagten Zentren, besonders auf Zürich, konzentrieren wird.

Ferien-Initiative

Die Ferien-Initiative verlangt eine gesetzlich festgeschriebene, fünfte Ferienwoche für das gesamte Staatspersonal. Es ist nicht einzusehen, weshalb das Staatspersonal besser gestellt werden sollte als die meisten Arbeitnehmer, und dies erst noch mitten in einer Zeit, in der die Wirtschaft den Gürtel enger schnallen müssen. Die FDP lehnt deshalb diese Initiative energisch ab.

FDP.Die Liberalen Opfikon

Björn Blaser
Pressechef